

HINWEISE

auf Probleme/Fragen für Gespräche in Moskau

1. Wie wird der Stand der Vorbereitung des Gipfeltreffens Gorbatschow - Reagan in Moskau eingeschätzt; welche für die weitere internationale Lageentwicklung bedeutsamen Ergebnisse sind eventuell zu erwarten?
Worin werden weiterhin die größten Probleme und Schwierigkeiten gesehen?

Daraus insgesamt abzuleitende Erfordernisse/Schwerpunkte für die weitere Arbeit der Sicherheitsorgane; eventuelle Erfordernisse im Zusammenhang mit der konkreten Absicherung des Aufenthaltes von Reagan in der UdSSR.

2. Einschätzung der Aussichten für das Zustandekommen des Vertrages über die 50%ige Reduzierung der strategischen Offensivwaffen bis zum Gipfeltreffen; Vorstellungen zum weiteren Vorgehen bei Verzögerung durch USA.
Gibt es bestimmte Veränderungen in der Haltung der UdSSR zu SDI (siehe jüngste Äußerung von Karpow dazu) und im Zusammenhang damit zum ABM-Vertrag?

3. Werden hinsichtlich der Realisierung des Vertrages über die Mittelstreckenraketen (einschließlich der Inspektionen) zu beachtende Probleme und Schwierigkeiten gesehen?

4. Einschätzung der Aussichten für das Zustandekommen einer Konvention über das weltweite Verbot der chemischen Waffen, besonders angesichts der ablehnenden Haltung der USA und Frankreichs.

5. Gibt es neue beachtenswerte Überlegungen zum weiteren Vor- S. 29 - 30
gehen auf dem Gebiet der konventionellen Abrüstung?

Welche Vorstellungen gibt es, den Erpressungsversuchen der westlichen Staaten auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien wirksamer zu begegnen, die Zustimmung zu einem Mandat für Verhandlungen abhängig zu machen von sicherheitspolitisch nicht oder schwerlich zu vertretenden "Verpflichtungen", besonders im Korb 3?

6. Welche Vorstellungen bestehen, im weiteren Verlauf der S. 31 - 34
KSZE-Nachfolgekonferenz in Wien zu gewährleisten, daß bei Anerkennung der Notwendigkeit politischer Kompromisse dennoch nicht "Verpflichtungen" akzeptiert werden, die dem Gegner breitere Möglichkeiten der Druckausübung, der Einmischung in innere Angelegenheiten, der Formierung innerer feindlicher und oppositioneller Kräfte und des "legalen" Zusammenwirkens innerer und äußerer Feinde eröffnen?

(Zum Beispiel Bildung bzw. Respektierung von "Helsinki-Überwachungsgruppen"; Kontrolle der Realisierung durch Einzelpersonen; Einräumung des Rechts auf ungehindertes Verlassen des Landes und Rückkehr; Ersetzung des empfehlenden Charakters von KSZE-Festlegungen durch "Verpflichtungen")

(Zum Beispiel Bildung bzw. Respektierung von "Helsinki-Überwachungsgruppen"; Kontrolle der Realisierung durch Einzelpersonen; Einräumung des Rechts auf ungehindertes Verlassen des Landes und Rückkehr; Ersetzung des empfehlenden Charakters von KSZE-Festlegungen durch "Verpflichtungen")

Sollten solche sicherheitspolitisch bedeutsamen Probleme nicht auf hoher politischer Ebene und unter Beachtung der Sicherheitsinteressen aller sozialistischen Staaten abgestimmt und entschieden werden (nicht auf der Ebene der Delegationen)?

7. Welche Entwicklungen und Vorgänge, bezogen auf die internationale Lage, vor allem die Krisen- und Konfliktherde, werden gesehen, aus denen besondere Gefahren und sicherheitspolitische Probleme für die sozialistische Staatengemeinschaft erwachsen können bzw. bereits erkennbar sind? Welche besonderen Erfordernisse ergeben sich für die Arbeit der Sicherheitsorgane hinsichtlich bestimmter Schwerpunkte? S. 35 - 36

8. Wie werden speziell die Perspektiven zur Lösung des Afghanistan-Problems eingeschätzt? S. 37 - 38

9. Welche Erkenntnisse liegen vor, aus welchen Plänen, Absichten und Vorgehensweisen des Gegners besondere Gefahren für die Einheit und Geschlossenheit der sozialistischen Staatengemeinschaft und für die Sicherheit einzelner sozialistischer Staaten erwachsen?

Welche Möglichkeiten werden gesehen, entsprechende Erkenntnisse in den einzelnen sozialistischen Staaten insgesamt besser nutzbar zu machen, um ein offensiveres Vorgehen und eine wirksamere Bekämpfung dieser strategischen Pläne und Vorgehensweisen des Gegners zu gewährleisten?

Welche Vorstellungen/Überlegungen seitens des KfS gibt es, wie - eingeordnet in die strategischen Zielstellungen unserer Parteien - die strategische Konzeption der Bekämpfung des Gegners, die Wirksamkeit unserer gesamten Arbeit weiter entwickelt bzw. erhöht werden müßte, besonders angesichts solcher sicherheitspolitisch bedeutsamen Entwicklungen wie

- des zunehmenden Mißbrauchs politischer Beziehungen, Kontakte, Besuche westlicher Delegationen und Politiker für die unmittelbare Unterstützung innerer feindlicher Kräfte ("Legalisierung" des Wirkens solcher Kräfte),

- der Erweiterung des "inneren Oppositionspotentials" und der Versuche zur Zusammenführung feindlicher Kräfte verschiedener Schattierungen sowie ihres engeren Zusammenwirkens mit den gegnerischen Zentren und Kräften im Westen,
- der gezielten Nutzung innerer Entwicklungsprobleme und der Wege zu ihrer Lösung in einzelnen sozialistischen Staaten für Angriffe gegen andere sozialistische Staaten und für die Mobilisierung und Zusammenführung feindlicher Kräfte,
- verstärkter Versuche zur Politisierung der Kirchen und zu ihrem Ausbau als gesellschaftspolitischer Machtfaktor,
- der Förderung und Ausnutzung nationalistischer Erscheinungen und Kräfte sowie nationaler Besonderheiten und Probleme.

10. Wie werden in diesem Zusammenhang die Vorkommnisse mit S. 53 - 54 bestimmten Nationalitäten, nationalen Minderheiten, nationalistischen Kräften in einigen Gebieten der UdSSR (Armenien, Aserbaidschan, baltische Republiken, Krimtataren) eingeschätzt?

Welche Erkenntnisse über gegnerische Einflüsse und das Wirken innerer feindlicher Kräfte, die Rolle von Geheimdiensten, anderen feindlichen Zentren und Kräften liegen vor und welche Aufgaben eventuell auch in Richtung Operationsgebiet ergeben sich daraus?

Welche weiteren Gefahren und Sicherheitserfordernisse werden insgesamt aus diesen Entwicklungen gesehen; wie kann eine wirksamere Informierung auf unserer Linie dazu gewährleistet werden?

11. Welche neuen, eventuell auch für das MfS bedeutsamen Erkenntnisse liegen vor zur Entwicklung der politisch-operativen Lage in der UdSSR, resultierend S. 55 - 57

- aus den Prozessen der Umgestaltung aus "Perestrojka" und "Glasnost",
- aus den Erscheinungen des Widerstandes verschiedener Kräfte gegen diese Entwicklung,
- aus der Formierung und den Aktivitäten innerer feindlicher, oppositioneller und anderer durch den Gegner ausnutzbarer Kräfte?

Welche Erkenntnisse und Erfahrungen wurden vom KfS in diesem Kampf gewonnen; ist mit den bisherigen Aufgabenstellungen, Mitteln und Methoden der politisch-operativen Arbeit (auch hinsichtlich des Verhältnisses der Anwendung politischer und rechtlicher Mittel) den sich aus der Lageentwicklung ergebenden Sicherheitserfordernissen gerecht zu werden?

Gibt es in diesem Zusammenhang seitens des KfS Vorstellungen/Überlegungen, wie die Zusammenarbeit zwischen KfS und MfS, aber auch mit anderen Bruderorganen, weiter ausgebaut und vervollkommen werden sollte, um insgesamt eine effektivere Bekämpfung sowohl des Gegners von außen als auch innerer feindlicher Kräfte in unseren Ländern zu gewährleisten?

12. Welche für unsere politisch-operative Arbeit bedeutsamen Erfordernisse werden im Hinblick auf die weitere Politik der UdSSR gegenüber der BRD, den weiteren Ausbau der Beziehungen auf den verschiedensten Gebieten - besonders auch im Zusammenhang mit den vereinbarten Besuchen auf höchster Ebene - gesehen? S. 58 - 60

Liegen dem KfS eventuell neue Erkenntnisse vor, wie der Gegner die Entwicklung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD zu stören bzw. zu mißbrauchen versucht und welche Probleme dabei insgesamt stärker beachtet werden sollten?

13. Gibt es neuere Vorstellungen zur weiteren Politik der UdSSR S. 61 - 62 gegenüber Westberlin, zur weiteren Gestaltung der Beziehungen und zur weiteren Durchsetzung des Vierseitigen Abkommens unter besonderer Beachtung der sogenannten Westberlin-Initiative der Westmächte, der Bestrebungen und Maßnahmen zur stärkeren Integration Westberlins in die EG und in die BRD sowie der Ausnutzung Westberlins im Kampf gegen den Sozialismus?

14. Auf welchen Gebieten werden weitere Erfordernisse bzw. Reserven für eine Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen KfS und MfS, für die Festigung unserer Kampfgemeinschaft gesehen?

Welche Möglichkeiten werden gesehen, durch unsere Arbeit, durch unser Zusammenwirken noch wirksamer zur Vertiefung des Bruderbundes unserer Parteien, Staaten und Völker beizutragen?

ZAIG 5388

BStU
000088

HINWEISE

für das Arbeitsgespräch beim Vorsitzenden des KfS,
Genossen Armeegeneral TSCHEBRIKOW, am 25./26. 4. 1988
in Moskau

Dank für die uns erneut gegebene Möglichkeit, heute wieder über einige Probleme Meinungen und Erfahrungen austauschen zu können.

(Seit letzten Zusammenkunft in Moskau nunmehr 3 Jahre vergangen, sehr bedeutsame und ereignisreiche Jahre.)

Zunächst nochmals herzliche Kampfesgrüße des Generalsekretär des ZK, Genossen Erich Honecker, auch des Genossen Egon Krenz und aller bekannten Genossen der Partei- und Staatsführung - ebenso meiner Stellvertreter und aller Mitglieder des Kollegiums des MfS und der Kreisleitung der SED übermitteln.

Kampfesgrüße aller Tschekisten der DDR.

Alle Genossen messen der Zusammenarbeit unserer Organe größte Bedeutung bei.

Ich möchte auch meiner besonderen Freude Ausdruck verleihen, wenige Tage vor dem Jahrestag des Sieges und der Befreiung in Moskau, der Hauptstadt des ruhmreichen Sowjetlandes, weilen zu können. Ich betrachte das auch als einen Ausdruck des in vielen Jahrzehnten gewachsenen und gestählten Kampfbündnisses der sowjetischen und deutschen Kommunisten und Tschekisten.

Der Anlaß meines jetzigen Aufenthaltes in Moskau ist ein für mich besonders freudiger. Ich stehe noch völlig unter dem Eindruck der Ehrung mit der höchsten Auszeichnung der UdSSR. Ich sehe die hohe Würdigung meiner Arbeit zugleich als Anerkennung für die Partei, der ich diene, für den gemeinsamen Kampf unserer Parteien, Staaten und Völker.

Mir ist es ein tiefes Bedürfnis, Ihnen, werter Genosse Viktor Michailowitsch, den anderen führenden Genossen des Komitees für Staatssicherheit, sehr herzlich zu danken für die große Anerkennung meiner Leistungen, die mir mit dieser hohen Ehrung zuteil wurde. Ich verstehe sie als eine Würdigung der Leistungen aller Angehörigen des Ministeriums für Staatssicherheit, als eine besondere Würdigung unserer engen Kampfgemeinschaft, der für unsere gemeinsame Sache erzielten tschekistischen Arbeitsergebnisse. In diesem Sinne verstehen wir unsere Aufgaben als einen gemeinsamen Klassenauftrag unserer Parteien, den wir unter Einsatz all unserer Kräfte zu erfüllen haben.

Bei den Gesprächen geht es mir diesmal nicht um die Erörterung vieler Fragen der direkten Zusammenarbeit unserer Organe auf den verschiedensten Gebieten. Bin der Auffassung, daß die Zusammenarbeit guten Stand erreicht hat, was nicht heißen soll, daß es nicht auch noch Reserven gibt, manches nicht auch noch besser und effektiver laufen könnte.

BStU
000091₄

Bei dieser Gelegenheit möchte ich meinen Dank dafür aussprechen, daß die Zusammenarbeit auf vielen Gebieten noch enger geworden ist. Ein besonderer Dank gebührt dabei der Vertretung des KfS in der DDR unter Leitung unseres Freundes und Kampfgefährten Gennadi Fjodorowitsch Titow. Die Genossen der Vertretung haben u. E. einen nicht unbedeutenden Anteil an dieser insgesamt guten Entwicklung in unserer Zusammenarbeit (mit welchen eigenen operativen Ergebnissen sie zur Erfüllung der Aufgaben des KfS beitragen, das möchte ich doch lieber Ihrer Einschätzung, liebe sowjetische Freunde, überlassen).

Bekanntlich enthält auch unser gemeinsamer Plan des Zusammenwirkens für 1988 erneut eine Vielzahl von Beratungen, Treffen usw. auf den verschiedenen Linien; entscheidend ist natürlich dabei, daß es zu konkreten Ergebnissen kommt, die uns in der gemeinsamen Arbeit weiter voranbringen.

Mein Stellvertreter und Leiter der HV A, Genosse Generalleutnant Großmann, beabsichtigt, diese Tage und - wenn dann noch notwendig - einen Aufenthalt im Mai in Moskau zu nutzen, ein Arbeitsgespräch mit dem Leiter der I. Hauptverwaltung des KfS, Genossen Armeegeneral Krjutschkow, zu Problemen der Zusammenarbeit und der Abstimmung von Maßnahmen zwischen den Aufklärungsorganen zu führen (auch zu Problemen in Vorbereitung der Konferenz der Leiter der Aufklärungsorgane im Oktober 1988 in Berlin, die zu einer noch engeren Abstimmung führen wird).

Wir schätzen ein, daß sich die Zusammenarbeit zwischen HV A und I. Hauptverwaltung des KfS auf allen Linien kontinuierlich entwickelt und gefestigt hat.

Dazu haben wesentlich der Aufenthalt des Genossen Armeegeneral Krjutschkow im Juni 1987 in Berlin und die Konsultationen/Abstimmungen auf den einzelnen Linien der Aufklärung beigetragen.

Der Informationsaustausch und die konkrete Abstimmung bestimmter operativer Aufgaben haben auf allen Linien zugenommen. Besonders hervorheben möchte ich, daß sich z. B. die Informationslieferung der I. Hauptverwaltung auf wissenschaftlich-technischem Gebiet, auch qualitativ, bedeutend erhöht, was sicherlich unserer gemeinsamen Sache zugute kommt.

Besondere Bedeutung messe ich auch der laut Plan für das 2. Halbjahr 1988 in Moskau vorgesehenen Beratung zwischen meinem Stellvertreter, Genossen Generalleutnant Schwanitz, und führenden Genossen des KfS zu Problemen der weiteren Vertiefung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der operativ-technischen Sicherstellung unserer operativen Arbeit bei.

Aus den vorgenannten Gründen bin ich deshalb der Auffassung, die jetzigen Gespräche auf einen Meinungs-
austausch zu einigen Grundfragen des politischen und tschekistischen Kampfes konzentrieren zu können. In diese Richtung zielten auch die von mir bereits übermittelten Problem- und Fragestellungen. Das schließt natürlich ein, soweit dies für erforderlich und zweckmäßig erachtet wird, auch über weitergehende konkrete Fragen unserer Zusammenarbeit, unseres gemeinsamen Kampfes zu sprechen.

Wenn Gen. V.M. Tschebrikow einverstanden ist, würde ich ihn bitten, zunächst selbst das Wort zu nehmen und zur Beratung der Probleme überzugehen, die aus der Sicht des KfS erforderlich erscheinen, dabei auch der Fragen, die ich bereits übergeben habe.

Ich würde dann später noch einiges zur Lage in der DDR sagen.

Zur Lage in der DDR

Grundsätzlich ist - wie schon in zurückliegenden Jahren - einzuschätzen, daß die Lage in der DDR politisch stabil ist.

Kennzeichnend sind dafür u. a.

- die auf die Verwirklichung der Beschlüsse des XI. Parteitages und der Orientierungen der Partei gerichtete Arbeit unserer Menschen und die dabei erzielten Ergebnisse,
- die großen Anstrengungen und Initiativen der Werktätigen besonders auf ökonomischem Gebiet, aber auch in allen anderen gesellschaftlichen Bereichen.

Die führende Rolle der Partei wird konsequent durchgesetzt, zwischen der Partei und der großen Mehrheit der Werktätigen besteht ein enges Vertrauensverhältnis.

Dabei wird nicht unterschätzt, daß auch

- noch beträchtliche Zahl von Feinden und politisch labilen Menschen vorhanden ist,

- die Zahl jener Menschen, die offen ihre Ablehnung der gesellschaftlichen Verhältnisse zum Ausdruck bringt, unter dem verstärkten Einfluß des Gegners zugenommen hat und
- der Gegner insgesamt eine größere ideologische Wirksamkeit - mit allen damit verbundenen Auswirkungen, dazu später noch konkretere Hinweise - erzielt.

Dennoch ist die Lage politisch stabil, wird sie politisch beherrscht, sind die staatliche Sicherheit, die öffentliche Ordnung und Sicherheit voll gewährleistet. Das spiegelt sich vor allem auch in der insgesamt stabilen ökonomischen Entwicklung wider.

Positive volkswirtschaftliche Gesamtentwicklung konnte trotz der im Verlauf der Plandurchführung 1987 aufgetretenen, zum Teil komplizierten Probleme fortgesetzt werden.

Zu diesen Problemen, darunter auch der Nichterfüllung von bestimmten Planaufgaben 1987, wurde erst jüngst auf der Beratung des Sekretariats des ZK unserer Partei mit allen 1. Kreissekretären konkret und kritisch Stellung genommen.

(In Klammern genannte Zahlenwerte sind - soweit vorhanden und vergleichbar - von der UdSSR erreichte Ergebnisse.)

- Das produzierte Nationaleinkommen stieg 1987 gegenüber 1986 um 4 % (2,3 %).

(Hinweis: Zuwachs real 3,6 %, lt. Statistik 4 %.

Zuwachsrate jedoch seit 1984 - damals noch 5,5 % - rückläufig.)

- Die industrielle Warenproduktion erhöhte sich um 3,7 % (3,8 %).

- Die Arbeitsproduktivität in der Industrie stieg um 6,6 % (4,1 %).

- Das Realeinkommen pro Kopf der Bevölkerung wuchs um 4,6 % (2,0 %).

- In Erfüllung des Wohnungsbauprogramms (Neubau, Rekonstruktion und Modernisierung - Kernstück des sozialpolitischen Programms) wurden 214 186 Wohnungen an die Bevölkerung übergeben.

- Die positive Entwicklung in der Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft wurde erfolgreich fortgesetzt. Ausdruck dafür: höchstes Ernteergebnis in der Pflanzenproduktion, dabei ha-Ertrag von 45,6 dt Getreide, und Übererfüllung des geplanten Aufkommens tierischer Erzeugnisse (Schlachtvieh, Milch, Eier, Wolle).

Bei positiver Bilanz kann aber nicht außer acht gelassen werden, daß in der Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR - vor allem in den letzten beiden Jahren - eine Reihe komplizierter Probleme aufgetreten sind. Einige dieser Probleme ganz offen ansprechen:

- Das zur Verteilung im Inland verfügbare Nationaleinkommen verringerte sich infolge Erlösausfalls auf NSW-Märkten und dadurch notwendig werdende erhöhte außerplanmäßige Exporte.
- Die Akkumulation ist rückläufig, das hat zunehmend nachteilige Auswirkungen auf das erforderliche Niveau der Erneuerung und Modernisierung vor allem produktiver Grundfonds in Industrie, Landwirtschaft und im Transportwesen.
- Wachsende Investitionsrückstände führten zu Ausfällen geplanter Produktion für Inland und Export (SW und NSW).
- Volkswirtschaftliche Effekte aus geplanten Maßnahmen der Wissenschaft und Technik entsprachen nicht den Erfordernissen und Möglichkeiten.

- In Industrie und Bauwesen ist ein absoluter Arbeitskräfte-rückgang zu verzeichnen; dieser konnte durch ökonomische Verwertung der Ergebnisse von Wissenschaft und Technik bzw. durch Intensivierung/Rationalisierung nicht kompensiert werden.
- Notwendig wurden bedeutende außerplanmäßige Aufwendungen zur Beseitigung von Schäden, die 1986/87 durch Brände und Havarien entstanden; dadurch Zurückstellung wichtiger Investitionen sowie Nachfolgeschäden durch Produktionsausfälle.
- Seit 1986 übersteigt prozentual der Zuwachs der Netto-geldeinnahmen der Bevölkerung den Zuwachs des produzierten Nationaleinkommens; 1987 im Vergleich zu 1986 wesentlich schnelleres Wachstum des Durchschnittslohnes bei Verlangsamung des Wachstumstempos der Arbeitsproduktivität.
- Für DDR besonders ernstes Problem:
Die Zielstellung, die Zahlungsverpflichtungen der DDR gegenüber dem NSW zu verringern, wurde seit 1980 nicht erreicht.

(Persönlicher Hinweis für Gen. Minister:

Die Zahlungsverpflichtungen entwickelten sich wie folgt:

1980Mrd. VM
Ende 1986Mrd. VM
Ende 1987Mrd. VM
Februar 1988Mrd. VM

Ursachen sind u. a., daß

- . zu einem beträchtlichen Teil bei Exportwaren für das NSW das wissenschaftlich-technische Niveau nicht ausreicht;
- . die Konkurrenzfähigkeit auf NSW-Markt nicht ausreichend gegeben ist;
- . viele Exportwaren geringe Devisenrentabilität erzielen;
- . außerplanmäßige Importe aus NSW notwendig waren.

Diese Probleme verdeutlichen, daß wir bei insgesamt stabiler ökonomischer Entwicklung dennoch mit den Ergebnissen nicht zufrieden sein können, daß schnellere Fortschritte in Durchsetzung der ökonomischen Strategie, besonders in der Umsetzung, in der ökonomischen Nutzbarmachung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts erforderlich sind.

Zu 1.: Gipfeltreffen 29. 5. bis 2. 6. 1988 in Moskau

(Hinweis für Gen. Minister:

Gen. Schewardnadse erklärte auf Tagung des Komitees der Außenminister Ende März in Sofia, daß in USA die Opposition gegen die sowjetisch-amerikanische Annäherung zunimmt. Bei seinem Treffen mit Shultz im März gelang es nicht, auch nur eine einzige wichtige Frage zu lösen. Ein Kompromiß im Zusammenhang mit SDI und ABM-Vertrag kam bisher nicht zustande; nicht klar, ob bis Gipfeltreffen Vertrag über Halbierung der strategischen Offensivwaffen zustandekommt.)

Nach MfS vorliegenden Angaben von außenpolitischen Experten des State Department und des Kongresses zeuge frühe Festlegung des Termins für den Reagan-Besuch in Moskau vom starken Interesse der USA und der UdSSR am Zustandekommen des Gipfels. Dadurch entstünde für die USA und die UdSSR ein Erfolgswang.

Auch wenn Reagan das Gipfeltreffen als Krönung seiner Präsidentschaft und zur Absicherung eines republikanischen Wahlsieges im November 1988 nutzen möchte, sei er an einem weiteren Abrüstungsvertrag nicht mehr sehr stark interessiert. Ihm genüge eine Absichtserklärung, die für seinen Amtsnachfolger einen begrenzt verbindlichen Verhandlungsrahmen fixiert.

(Shultz und die wichtigsten außenpolitischen Berater des Präsidenten würden zumindest eine Absichtserklärung mit relativ verbindlichen Eckdaten der Reduzierung und den Grundprinzipien der Verifizierung eines START-Abkommens anstreben. Die endgültige Fertigstellung könnte durchaus später erfolgen, z. B. wenn nach einer Nominierung von Bush als republikanischer Präsidentschaftskandidat die Weichen für Kontinuität in der Nachfolgeadministration gestellt sein sollten. Von USA-Rüstungskontrollexperten wird eingeschätzt, daß evtl. ein solches sicherheitspolitisches Rahmendokument zustandekommen konnte, in dem die erreichten Gemeinsamkeiten fixiert werden.)

Mit der Ankündigung von Reagan, er sei im Falle der Nichtfertigstellung des START-Vertrages bis Mai zu einem weiteren Treffen mit M. Gorbatschow bereit, versuche er den Erfolgswang in Abrüstungsfragen zu mindern.

Die UdSSR soll hinsichtlich ihrer internationalen Aktivitäten, insbesondere in den Krisengebieten, in ein "Programm zur Gewährleistung internationaler Stabilität und des Vermeidens bilateraler Konfrontationen durch Einbeziehung in periphere Konflikte" eingebunden werden. Die Reagan-Administration hält gegenwärtig die Zeit für günstig, auch unter Nutzung der Ergebnisse zu Afghanistan, den internationalen Einfluß der UdSSR weiter zurückzudrängen, die auf der UdSSR lastenden "Sachzwänge" auch für im Interesse der USA liegende Lösungen auf anderen Gebieten, z. B. der Rüstungskontrolle, zu nutzen.

Da Fortschritte in Abrüstungsfragen mit der Reagan-Administration nur noch in einer sehr begrenzten Zeit erreichbar sind und wenn nach der Ratifizierung des Mittelstreckenraketenvertrages in den Abrüstungsgesprächen eine längere Pause vermieden werden soll, müsse die UdSSR verhandlungstaktische Flexibilität zeigen, würde aber möglicherweise auch versuchen, den Druck auf die jetzige Administration zu erhöhen.

Evtl. weitere Fragen dazu:

- Gibt es evtl. Vorstellungen, wie den massiven Bestrebungen des Westens, ein Junktim zwischen militärischer Entspannung und Abrüstung einerseits und Menschenrechten, Kontakten und Informationen andererseits durchzusetzen, wirksam begegnet werden soll/kann?
- Gibt es Erkenntnisse, soweit START-Vertrag nicht zustandekommt, wie evtl. sogenannte Rahmenvereinbarung/Absichtserklärung aussehen könnte, wie Aussichten zum Zustandekommen einzuschätzen?
- Liegen KfS Erkenntnisse über konkrete Pläne/ Aktivitäten rechtskonservativer Kräfte der USA/ NATO zur Verschärfung der bilateralen Beziehungen bzw. der internationalen Lage bis zum Gipfeltreffen bzw. unmittelbar danach vor?

- Liegen KfS bereits Erkenntnisse über Pläne/Absichten feindlicher Kräfte zur direkten Störung, zum Auftreten derartiger Kräfte während des Gipfeltreffens in Moskau vor, die auch für MfS bedeutsam sein könnten?

MfS orientiert in politisch-operativer Arbeit auf rechtzeitiges Erkennen von Bestrebungen feindlicher Kräfte,

- . Menschenrechtsprobleme und humanitäre Fragen in sozialistischen Staaten einschließlich DDR hochzuspielen und evtl. als Ansatzpunkte für entsprechende Vorstöße in Moskau zu nutzen;
- . zu diesem Zweck in sozialistischen Staaten (auch in DDR) feindliche, oppositionelle Kräfte zu provokatorisch-demonstrativen Handlungen zu inspirieren, Unruhe auszulösen, staatliche Organe zu härterem Eingreifen zu veranlassen, das alles auszunutzen für Angriffe vor dem Gipfeltreffen und evtl. selbst in Moskau;
- . durch Kontakte und Einflußnahme feindlicher Zentren und Stellen äußere und innere Feinde (auch reaktionäre Kirchenkreise) zur Abfassung von Erklärungen, Briefen, Pamphleten mit Forderungen an Reagan bzw. Gen. Gorbatschow, an Delegationen,

zu öffentlichen Auftritten, Demonstrationen und anderen öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten zu veranlassen, bis zu Maßnahmen gegen die Botschaften und andere Einrichtungen der UdSSR und der USA in DDR,

. Reisen nach Moskau durchzuführen und dort zu versuchen, mit öffentlichkeitswirksamen Handlungen aufzutreten, Erklärungen/Petitionen zu verbreiten oder zu übergeben, Treffen mit oppositionellen Kräften in UdSSR - vor allem Moskau - zu organisieren und deren Positionen/Forderungen zu unterstützen.

Zu 2.: Zum Vertrag über die 50%ige Reduzierung der
strategischen Offensivwaffen

Außenpolitische Kreise der USA und der BRD sind der Ansicht, daß auch bei den noch bevorstehenden Außenministertreffen eine Einigung in der Frage der Weltraumrüstung kaum zu erzielen sei. Die Reagan-Administration stimme zwar der Kompromißformel von Washington hinsichtlich der 50%igen Reduzierung der strategischen Offensivwaffen bei zeitlich begrenzter Einhaltung des ABM-Vertrages in der Fassung von 1972 zu, wolle sich jedoch auch weiter einer ernsthaften Diskussion und Festlegungen über zulässige bzw. verbotene Aktivitäten entziehen. Reagan könne aus innenpolitischen Gründen keine Festlegungen akzeptieren, durch die SDI in irgendeiner Form zum Gegenstand amerikanisch-sowjetischer Vereinbarungen wird.

Militärische Experten der USA zeigen sich weiterhin sehr skeptisch in allen Fragen der Verifizierung. Die neuen sowjetischen Vorschläge zur Kontrolle des Vorhandenseins nuklearer Gefechtsköpfe für Marschflugkörper auf Schiffen werden als nicht realisierbar angesehen. Amerikanische Vorstellungen zur Verifizierung, denen zufolge eine stichprobenartige Vor-Ort-Kontrolle in Produktionsanlagen, in den Silos landgestützter Interkontinentalraketen, auf Luftstützpunkten für strategische Bomber und in Häfen der nuklear bewaffneten Schiffe erfolgen könnte, sind zwischen den an ihrer Erarbeitung beteiligten Dienststellen der USA sehr umstritten. Eine Einigung auf Expertenebene ist bisher nicht in Sicht.

In bezug auf die Obergrenze von 6000 nuklearen Gefechts-
ladungen würde inzwischen in den USA Übereinstimmung be-
stehen, daß damit bei relativ geringen Änderungen der
Zielplanung eine zuverlässige Abschreckung einschließlich
der Gewährleistung der Nukleargarantie für die Verbündeten
möglich ist. Nach amerikanischen Expertenberechnungen
reichen für eine zuverlässige Vernichtung der wesentlichsten
Ziele in der UdSSR und den WV-Staaten je nach Einsatzvariante
500 - 2000 nukleare Ladungen aus.

Hauptziel bleibe die maximale Reduzierung der sowjetischen
schweren Raketen, die Erlangung einseitiger Vorteile bei
see- und luftgestützten Marschflugkörpern sowie eine Be-
grenzung der mobilen landgestützten Raketen. Nach Ansicht
von Kongreßmitarbeitern wollen die Vertreter des Pentagon
und des Vereinigten Generalstabs den Abschluß der Verhand-
lungen verzögern, weil sie der UdSSR weitere Kompromisse
abzurufen hoffen.

Evtl. weitere Fragen dazu:

- Wie werden die Möglichkeiten eingeschätzt, mit den USA Vereinbarungen zur Einhaltung des ABM-Vertrages zu erreichen?

Gibt es neue, konkrete Forderungen der UdSSR hinsichtlich der weiteren Gültigkeit und der Einhaltung des ABM-Vertrages?

- Welche Vorstellungen gibt es, wie auf Weiterentwicklung von SOI, auf Erprobung und Stationierung erster Komponenten im Weltraum reagiert werden soll?

- Gibt es evtl. Vorstellungen, wie bei Blockierung des START-Vertrages und weiterer Abrüstungsschritte Abrüstungsprozeß weitergeführt werden soll, evtl. bestimmte Schwerpunktverlagerung erfolgen soll?

Zu 3.: Inspektionen entsprechend dem Vertrag über die Beseitigung der Mittelstreckenraketen

Nach vorliegenden Erkenntnissen

- sehen die Ausführungsplanungen der amerikanischen Streitkräfteführung vor, noch bis zu 2 1/2 Jahren nach Inkrafttreten des Abkommens bis zu 50 % des Bestandes der PERSHING-II-Kräfte in Europa in voller Gefechtsbereitschaft zu unterhalten,
- wird die BRD ihre PERSHING-Ia-Kräfte erst im letzten Monat der Reduzierungszeit abschaffen.

(In der DDR gab es bzw. gibt es 6 Objekte mit Raketen mittlerer und kürzerer Reichweite, wobei aus den Objekten Waren und Bischofswerda bekanntlich der Abzug der Raketen schon vorzeitig erfolgt ist.)

USA haben laut Vertrag die Möglichkeit, bis zu 13 Jahren nach Inkrafttreten des Vertrages Inspektionen auf dem Staatsgebiet der UdSSR, DDR und CSSR durchzuführen.

Am 31. 3. 1988 hat erste Beratung des Leiters der Militärabwehr des MfS, Gen. Generalmajor Dietze, mit stellvertretenden Leiter der III. Hauptverwaltung des KfS, Gen. Oberst Jepifanzew, zu sich daraus ergebenden Erfordernissen stattgefunden.

Wir sind bestrebt, bis zur Ratifizierung des Mittelstreckenraketen-Vertrages unter Nutzung der in Durchsetzung des Stockholmer Dokuments mit Inspektionen gewonnenen Erfahrungen die erforderlichen Weisungen zu erlassen, wie unter diesen Bedingungen militärische Geheimnisse weiter zu sichern, Abwehrarbeit gegen Spionageaktivitäten usw. zu organisieren.

Evtl. weitere Fragen:

Sehen die sowjetischen Genossen neue Aspekte der operativen Zusammenarbeit bei der abwehrmäßigen Absicherung der Inspektionsaktivitäten auf DDR- und UdSSR-Territorium?

Wird Notwendigkeit/Zweckmäßigkeit engerer Abstimmung hinsichtlich aller Erfordernisse, die sich aus Inspektionen ergeben, gesehen?

Nach Ankündigung Gen. Jepifanzew soll im KfS spezielle Datenbank geschaffen werden, in der alle Informationen zu den Personen der Inspektion, Mittel und Methoden ihrer Arbeit, erkannte Feindaktivitäten gespeichert werden sollen.

MfS tritt für Verwirklichung des bereits abgestimmten Vorschlages ein, derartige Informationen nur im Rahmen von SOUD zu erfassen und zu speichern, also keine extra Datenbank mit gesonderter Informationsaufbereitung, extra Informationsflüssen usw. zu schaffen. Die Funktion von SOUD als multilaterales Informationssystem der Bruderorgane sollte auch in diesem Sinne weiter gestärkt werden - MfS setzt alles daran, seiner Verantwortung im SOUD gerecht zu werden.

Welche Möglichkeiten werden von sowjetischen Genossen für die eigene Aufklärung bei Inspektionen in USA und westeuropäischen Ländern gesehen, besonders auch hinsichtlich der Nutzung, Überprüfung und Ergänzung evtl. bereits vorhandener Angaben zu den jeweiligen Objekten, Truppenteilen, Technik usw.

Inwieweit wird dabei auch Nutzung von Erkenntnissen der Bruderorgane mit in Betracht gezogen - einschließlich der Auswertung von Ergebnissen im Rücklauf?

Spezielles Problem bei westlichen Inspektionen:

Bekanntlich gibt es in DDR Militärverbindungsmissionen der drei Westmächte, die beim Oberkommandierenden der GSSD akkreditiert sind.

(Tätigkeit der MVM beruht auf Londoner Abkommen über die Kontrolltätigkeit in Deutschland vom 14. November 1944 und den darauf basierenden bilateralen Vereinbarungen zwischen dem Oberkommandierenden der GSSD und den Oberkommandierenden der drei westlichen Besatzungstruppen in Deutschland.

Gegenwärtig gehören den in Potsdam stationierten MVM insgesamt 127 Militärpersonen - Großbritannien 58, USA 36, Frankreich 33 - an, die in der Regel rund um die Uhr mit 34 Kraftfahrzeugen auf dem Territorium der DDR - ausgenommen der Hauptstadt der DDR, Berlin, in der die Militärinspektionen der USA, Großbritanniens und Frankreichs tätig sind - intensive Aufklärungstätigkeit betreiben.)

Hauptrichtungen der Aufklärungstätigkeit der MVM bilden:

- Erkundung und militärische Aufklärung von Objekten und Einrichtungen mit strategischer Bedeutung;

- Feststellung und Dokumentation neuer bzw. vervollkommener Waffensysteme bis in Details (besonders bei Manövern, Übungen, auf Transport- und Marschstrecken);
- Feststellung jeglicher Veränderungen in den Kräftegruppierungen und des Realisierungsstandes internationaler Abkommen und Vereinbarungen.

Dem MfS liegen (intern) Informationen vor, aus denen hervorgeht, daß die MVM offenkundig offiziell in die Inspektions-tätigkeit einbezogen werden sollen/wollen.

In diesem Zusammenhang beachtenswert:

- Der Chef der MVM der USA hat sich bereits an Oberkommando der GSSD mit entsprechendem Ansinnen gewandt; sei abgelehnt worden;
- es erfolgt bereits ein Einsatz ehemaliger Angehöriger der MVM als Inspektoren bzw. Leiter von Inspektionsgruppen;
- MVM-Besatzungen werden zur Voraufklärung in Gebieten tätig, in denen Inspektionen erfolgen.

Evtl. Fragen:

Gibt es evtl. auf sowjetischer Seite auch Pläne/Vorstellungen, die MVM der UdSSR in der BRD in die Inspektions-tätigkeit einzubeziehen?

Da sich damit auch der politische und rechtliche Status der MVM in bestimmtem Umfang ändern würde, sollte eine entsprechende Abstimmung auch mit zuständigen Organen der DDR erfolgen.

Zu 4.: Zum angestrebten Verbot der chemischen Waffen

Nach unserem Erkenntnisstand wurden bei bisherigen Verhandlungen über entsprechende Konvention noch keine durchgreifenden Ergebnisse erzielt. USA und Frankreich halten demnach an Positionen zur Blockierung des Abschlusses einer entsprechenden Konvention fest.

Mit Produktionsbeginn binärer chemischer Waffen in USA am 1. 12. 1987 neues Hindernis für Verbot der chemischen Waffen. Daneben offenkundig weitere Bestrebungen, ein umfassendes Verbot durch Teilschritte zu umgehen, mit "großen Lücken" im Bereich der Verifikation zu operieren.

Nach Kenntnis von BRD-Regierungskreisen fühle sich die Reagan-Administration nicht unter Zeitdruck.

Kreise der BRD halten es intern für wenig wahrscheinlich, daß noch 1988 die bestehenden Probleme für eine Konvention gelöst werden könnten. Eine rasche Fertigstellung der Konvention rein technisch wäre nur möglich, wenn beide Großmächte zielstrebig darauf hinarbeiten. Diese Absicht sei zwar bei der UdSSR, nicht aber bei den USA zu erkennen.

Evtl. weitere Fragen dazu:

- Welche Erkenntnisse liegen aus den bilateralen sowjetisch-amerikanischen Konsultationen über die konkrete Interessenlage der USA zum Abschluß einer Konvention vor?
- Gibt es seitens der UdSSR neue Überlegungen, um USA und Frankreich zu Änderung ihrer Positionen zu veranlassen?
- Vorstellungen zur stärkeren Nutzung des Interesses Reihe europäischer Staaten, Organisationen und politischer Kräfte zum Zustandekommen einer Konvention?

Zu 5.: Fragen im Zusammenhang mit Verhandlungen über
konventionelle Abrüstung

Die Regierung der BRD vertritt wie die Regierungen der anderen NATO-Staaten die Auffassung, daß als eine Voraussetzung für ein Mandat zu Verhandlungen über konventionelle Abrüstung die UdSSR und die anderen sozialistischen Staaten auf dem KSZE-Folgetreffen in Wien weitere Zugeständnisse im humanitären Bereich machen müßten.

Position der BRD zur konventionellen Abrüstung zeigt, daß sie nicht zur Führung von Verhandlungen nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit bereit ist. Ihr Ende März 1988 dazu vorgelegtes Konzept macht vor allem sichtbar:

Forderung nach Reduzierung der Truppenstärken und wichtiger Waffensysteme (Kampfpanzer, Schützenpanzer, Artilleriegeschütze) auf gemeinsame Obergrenzen ist faktisch auf

einseitige Abrüstung der Staaten des Warschauer
Vertrages

gerichtet.

BRD will stark asymmetrische Reduzierungen zu Lasten der sozialistischen Staaten erreichen.

Bedeutenden Reduzierungen der Streitkräfte und Rüstungen der sozialistischen Staaten würden lediglich symbolische Reduzierungen der NATO gegenüberstehen. Also wesentliche Beschränkungen nur für die militärischen Kräfte der sozialistischen Staaten, aber nicht für NATO.

(Beispiele: Nach offiziellen Vorstellungen (NATO) wären zu reduzieren:

	Warschauer Vertrag	NATO
Kampfpanzer:	25 000	800
Schützenpanzer:	11 000	400
Art.-geschütze:	22 000	400
Divisionen:	80	2)

Evtl. weitere Fragen:

Gibt es aktuelle Erkenntnisse dazu, wie die Ausarbeitung des Verhandlungskonzepts der sozialistischen Staaten weiter erfolgen soll?

Sollten unsere Positionen zum militärischen Kräfteverhältnis in Europa in Öffentlichkeit stärker deutlich gemacht und westliche Manipulationen offensiver, beweiskräftiger entlarvt werden?

Welche sicherheitspolitischen Erfordernisse werden gesehen, wenn unsererseits konkrete Angaben zu Streitkräften und Rüstungen übergeben und veröffentlicht werden?

Zu 6.: Zu Absichten des Gegners im Zusammenhang mit dem
KSZE-Folgetreffen für Kampf gegen Sozialismus

Nach unseren Erkenntnissen machen NATO/EG-Staaten grundsätzliches Entgegenkommen im militärischen Bereich weiter von Zugeständnissen Warschauer Vertragsstaaten auf dem Gebiet der menschlichen Kontakte abhängig.

Stimmen dem Bestreben der sowjetischen Delegation zu, "alles zu tun, um dem Wiener Treffen eine größere Dynamik im Interesse seiner zügigen Beendigung zu verleihen". Wir sehen aber in der Kompromißbereitschaft dort eine Grenze, wo politische und sicherheitspolitische Auswirkungen entstehen, die nur noch mit außergewöhnlichen Mitteln beherrschbar sein würden.

Das betrifft vor allem die Forderungen nach

Zulassung bzw. Respektierung der Tätigkeit sogenannter nationaler und internationaler Helsinki-Überwachungsgruppen,

eines "Rechts des einzelnen, die Einhaltung der KSZE-Dokumente durch die Staatsorgane zu überwachen",

einer "Pflicht zur Beantwortung von Anfragen von nichtstaatlichen Organisationen und einzelnen Bürgern".

Diesen Forderungen kann aus der Sicht der DDR nicht zugestimmt werden.

Diese Bestrebungen zielen eindeutig auf die Schaffung institutionalisierter Einmischungsinstrumente für eine permanente Druckausübung gegenüber den sozialistischen Staaten ab, auf eine Veränderung der innerstaatlichen Gesetzgebung, um feindlichen, oppositionellen Kräften eine legale Betätigungsmöglichkeit und Berufungsgrundlage zu geben.

Jüngste Entwicklungen verdeutlichen, daß Gegner alle sich bietenden Möglichkeiten nutzt, um vor allem das Potential der Übersiedlungersuchenden in sein strategisches Vorgehen gegen DDR einzubeziehen und ein Zusammenwirken/Zusammenschluß dieser Kräfte mit anderen feindlichen, oppositionellen Personenkreisen zu erreichen (besondere Wirkungen auf DDR durch umfangreiche verwandtschaftliche/bekanntschaftliche Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten und Westberlin - das sind objektive Größen, die nicht ignoriert werden können).

Dem Vorgehen dieser Kräfte wird vor allem mit politischen Mitteln begegnet, aber zur Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung sind unter bestimmten Bedingungen bei Rechtsverletzungen Repressivmaßnahmen unerläßlich.

Es ist einzuschätzen, daß politische Stabilität und staatliche Sicherheit der DDR (und anderer sozialistischer Staaten?) nicht/kaum zu gewährleisten wäre, wenn diese feindlichen Kräfte legal wirken könnten, wenn sie offiziell institutionalisiert und massiv von außen unterstützt, ständig die Möglichkeit hätten, sich als sogenannte Dialogpartner des Staates zu produzieren, von solchen Positionen Druck auf die Partei- und Staatsführung auszuüben sowie durch fortgesetzte Störaktionen, Hetz- und Verleumdungskampagnen das internationale Ansehen der DDR, des Sozialismus zu schädigen bzw. zu beeinträchtigen.

Aus politischen und sicherheitspolitischen Gründen, - auch zur Vermeidung ständiger Erpressungs- und Einmischungsversuche unbedingt notwendig, die Grenzen unserer Kompromißbereitschaft eindeutig abzustecken. Die Grenzen liegen u. E. dort, wo Menschenrechts- und humanitäre Fragen aus der staatlichen Souveränität herausgelöst werden sollen, wo ein Recht auf Einmischung mit dem Recht auf "Klage" gegen den Staat im KSZE-Rahmen etabliert werden soll.

Entscheidungen zu solchen grundsätzlichen Problemen können nicht von Verhandlungsdelegationen in Wien, wie in Vergangenheit anzutreffen, sondern müssen von den Zentralen getroffen werden.

Zu diesen und weiteren Fragen halten wir die noch engere Abstimmung zwischen den Zentralen und die Koordinierung des Vorgehens der Bruderländer für außerordentlich wichtig.

(Wurde vom DDR-Außenminister, Gen. Fischer, auch auf Außenminister-Beratung in Sofia vorgeschlagen.)

Evtl. weitere Fragen:

Welcher Einfluß wird vom KfS auf die Verhandlungspositionen, insbesondere auf die Beachtung grundsätzlicher sicherheitspolitischer Positionen genommen?

Welche Erfordernisse/Möglichkeiten werden gesehen, derartige Standpunkte auch zwischen den Sicherheitsorganen mit abzustimmen, ein einheitlicheres Herangehen zu gewährleisten; betrifft auch die Umsetzung möglicher KSZE-Vereinbarungen unter sicherheitspolitischen Gesichtspunkten der sozialistischen Staatengemeinschaft?

Zu 7. Gefährliche Krisen- und Konfliktherde

Westliche Kreise sehen Möglichkeiten, im Zusammenhang mit Konfliktherden in einigen Regionen die Positionen und den Einfluß des Sozialismus und anderer Kräfte des gesellschaftlichen Fortschritts zu schwächen/zurückzudrängen und die eigenen Positionen zu stärken.

Im Zusammenhang mit dem Konflikt Irak - Iran konstatieren BRD-Regierungskreise Positionseinbußen der UdSSR in einigen arabischen Staaten. Die USA werden ihre militärische Präsenz in der Golfregion aufrechterhalten und ihre militärische Kooperation mit den Golfanrainerstaaten erweitern.

Im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt zielt die Politik der USA auf die Begrenzung des Einflusses der UdSSR in dieser Region und darauf, von der UdSSR als Preis für die Teilnahme an der Lösung dieses Konflikts Zugeständnisse zu erlangen (verstärkte Ausreise sowjetischer Juden nach Israel und Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel, was zur Belastung des Verhältnisses zwischen der UdSSR und den arabischen Staaten führen könnte).

Im Zusammenhang mit dem imperialistischen Kurs im südlichen Afrika gegen progressive Regime (besonders Mocambique und Angola) ist vor allem zu beachten:

Die Imperialisten beabsichtigen, die Führungen beider Länder zu veranlassen, sich mit den konterrevolutionären Kräften zu arrangieren.

Nach USA- und BRD-Einschätzungen reife die Möglichkeit heran, die Machtverhältnisse in den genannten Ländern zu ändern, Konfliktregelungen nach westlichen Vorstellungen durchzusetzen und die UdSSR aus diesem Prozeß herauszuhalten.

Im Zusammenhang mit Nikaragua schätzen BRD-Regierungskreise ein, die USA würden davon ausgehen, daß die UdSSR nicht an einer Zuspitzung der Situation in der Region interessiert sei. Ausdruck dafür sei ihr Wunsch nach einer Verhandlungslösung im Nikaragua-Konflikt. Dabei seien die Sandinisten zu substantiellen Zugeständnissen gegenüber oppositionellen und konterrevolutionären Kräften gezwungen.

Evtl. weitere Fragen:

Gibt es bestimmte Pläne/Vorstellungen, mit welchen Maßnahmen der imperialistischen Politik wirksamer begegnet werden soll, wie dabei die bisherigen Positionen des Sozialismus und der progressiven Regime gesichert werden sollen?

Welche Konsequenzen werden für die Tätigkeit unserer Organe gesehen, besonders bezogen auf Äthiopien, Mocambique, Angola und Nikaragua?

Zu 8.: Afghanistan-Problem

Nach der am 14. 4. 1988 erfolgten Unterzeichnung der Vereinbarungen über die politische Regelung des Afghanistan-Problems neue politische und politisch-operative Lage entstanden.

Sicherlich davon auszugehen, daß Führer der Allianz der konterrevolutionären Kräfte auch zukünftig nicht bereit sein werden, die Vereinbarungen und die Angebote der afghanischen Führung zu akzeptieren. Offenkundig wird von ihnen weitere Eskalierung des bewaffneten Kampfes mit dem Ziel Sturz des Regimes angestrebt.

In Einschätzungen von BRD-Regierungskreisen wird davon ausgegangen, daß auch die USA am Ziel, den Sturz der afghanischen Regierung und eine Erweiterung des USA-Einflusses zu erreichen, konsequent festhalten werden. NATO-Kreise schätzten ein, daß mit einem sowjetischen Truppenabzug die Moral, der Zusammenhalt und die Effektivität des afghanischen Staatsapparates, der Streitkräfte und der DVPA untergraben würden.

Es gibt aber auch interne Hinweise, nach denen in westlichen Kreisen Zweifel an der Realisierbarkeit westlicher Zielstellungen zur Ausschaltung der DVPA als politischer Machtfaktor in Afghanistan geäußert werden.

Evtl. weitere Fragen:

Wie werden die Möglichkeiten eingeschätzt, zur Sicherung wichtiger Machtpositionen der DVPA, der revolutionären Errungenschaften und der weiteren progressiven Entwicklung Afghanistans beizutragen?

Welche Vorstellungen gibt es zur Weiterführung der politischen und politisch-operativen Arbeit in bzw. gegenüber Afghanistan nach Abzug der sowjetischen Truppen?

Sollen unter diesen neuen Bedingungen Veränderungen in der Beratertätigkeit, der Unterstützung von Partei, Staat, bewaffneten Kräften, Sicherheitsorganen usw. erfolgen?

Welche politischen Kräfte evtl. in diesem Raum vorhanden, die im Interesse der Sicherung der progressiven Entwicklung Afghanistans mit genutzt werden können, insbesondere wie Stärkung der indischen Positionen, Nutzung insbesondere des Verhältnisses Indien-Pakistan?

Zu 9.: Gegen den Sozialismus gerichtete Pläne, Absichten,
Aktivitäten des Gegners

Vorliegende Erkenntnisse zeigen, daß sich Imperialismus in antisozialistischer Strategie den neuen Bedingungen der internationalen Klassenauseinandersetzung und Entwicklung des Sozialismus weitgehend angepaßt hat.

Das Ziel bleibt jedoch unverändert, wird von Reagan offen ausgesprochen und von allen führenden Kräften der anderen imperialistischen Hauptmächte voll mitgetragen - es geht ihnen um die Zurückdrängung und letztlich Liquidierung des Sozialismus. Hinsichtlich dieser Einschätzung gibt es sicherlich zwischen uns volle Übereinstimmung, darüber kann auch nicht die Verhandlungs- und Dialogbereitschaft, können auch nicht die Ergebnisse in Richtung Sicherung und Erhaltung des Friedens, der Entspannung, der Erhöhung der internationalen Sicherheit hinwegtäuschen. Wir stimmen voll überein, daß es keine Alternative zu dieser, unserer Politik gibt, daß dieser Weg gegangen werden muß im konkreten Wissen darin, welche strategischen Ziele der Imperialismus weiter verfolgt. Wir kennen die Lehren Lenins zur Notwendigkeit von Kompromissen - im Interesse des Friedens und des Sozialismus.

Diese Lehren verstehen wir auch als gemeinsame Verantwortung, mit dazu beizutragen, die Partei dabei zu unterstützen, wie weit kann jeweils die Kompromißbereitschaft gehen, was ist tatsächlich vertretbar, wo müssen/sollten aber auch deutliche Grenzen gezogen werden - im Interesse des Sozialismus/Friedens.

Nach unseren Erkenntnissen hat der Plan des Gegners einen wesentlich höheren Stellenwert erreicht, in den sozialistischen Staaten durch ihn nutzbare, seinen Zielen dienende "evolutionäre" Veränderungen zu erreichen, sozialistische Gesellschaftsordnung von innen her aufzuweichen, zu zersetzen durch Förderung

- innerer feindlicher, oppositioneller Kräfte, Entwicklung eines Druckpotentials,
- "politischer Liberalisierung",
- "ökonomischer Reformprozesse";

Gegner sieht neue Möglichkeiten der politischen, ideologischen, ökonomischen, diplomatischen und subversiven Einwirkung auf und in die sozialistischen Staaten/Staaten-gemeinschaft - dabei besonders auch Bestrebungen zum Mißbrauch Abrüstungs-, KSZE- und Dialogprozeß für Erweiterung gegnerischer Einflußmöglichkeiten.

U. E. auch Verstärkung der Angriffe gegen Einheit und Geschlossenheit der sozialistischen Staatengemeinschaft, zur Schürung von Differenzen, Beeinträchtigung der Beziehungen (besonders zur UdSSR), Verunsicherung der Verbündeten - unter Nutzung der Entwicklungsprobleme in den sozialistischen Staaten und in der Gemeinschaft, der unterschiedlichen Auffassungen und Wege zu ihrer Lösung.

Imperialistische Kräfte gehen davon aus, daß Entwicklung in UdSSR neue Möglichkeiten für Vorgehen gegen die kleineren sozialistischen Länder eröffnen würde.

Rechnen damit, daß Lösung vorhandener Wirtschaftsprobleme die Durchführung tiefgreifender Wirtschaftsreformen und engere Zusammenarbeit mit Westen notwendig macht; daraus würden sich wesentliche Möglichkeiten für Förderung längerfristiger Entwicklung im westlichen Sinne ergeben. NATO strebt an, eine Übereinstimmung über die dabei zu verfolgenden lang- und mittelfristigen Ziele in Osteuropa zu erreichen.

Wirtschaftliche Unterstützung müsse letztlich zu einer echten "politischen Erneuerung" führen.

Zu diesem Zweck "dichteres Netz der Zusammenarbeit auf allen möglichen Gebieten schaffen: der Friedenssicherung, des Umweltschutzes, der Wirtschaft und des Handels, der Technik, der Wissenschaft, der Kultur der Reisen und Begegnungen. Daraus entwickeln sich die Verzahnungen, Verflechtungen, Abhängigkeiten und Forderungen der Menschen an ihre innerstaatliche politische Wirklichkeit", die es zur Durchsetzung der westlichen Ziele zu nutzen gilt (führende Vertreter der SPD).

Nutzung aller Möglichkeiten, vor allem zur Verstärkung des ideologischen Kampfes, der politisch-ideologischen Diversion, des ideologischen Eindringens in sozialistische Gemeinschaft.

Wesentliche Seite im strategischen Plan und Vorgehen des Gegners ist Einmischung in innerstaatliche Angelegenheiten der sozialistischen Staaten, des "Rechts" auf Mitsprache, Einwirkung, Einmischung in Vorgänge in sozialistischen Staaten. Nimmt nach unseren Erkenntnissen ständig zu - zunehmend unter mißbräuchlicher Berufung auf "neues Denken", "Perestroika" und "Glasnost", deren wahrer Inhalt verfälscht wird. Dabei aber auch zielgerichtete Nutzung von Unklarheiten, nicht genügendem Verstehen bestimmter Prozesse, Entscheidungen, Reaktionen.

Wesentlich verstärkte Druckausübung zur "Öffnung der Systeme" und Offenheit im Sinne der Tolerierung anti-sozialistischen Gedankengutes, bürgerlicher Ideologien, der Existenz und Aktivitäten innerer feindlicher oppositioneller Kräfte, der legalen Tätigkeit sogenannter staatlich unabhängiger oppositioneller Organisationen, Gruppen.

Dieses Vorgehen hat u. E. neue Qualität erreicht, ist zu einem entscheidenden Bestandteil im gesamten Vorgehen des Gegners von außen und innerer feindlicher Kräfte geworden.

Offenkundig notwendig, bei Weiterführung politischen Auseinandersetzung mit diesen Kräften und ihren Plänen dennoch entschiedener auch mit strafprozessualen und strafrechtlichen Mitteln gegen antisozialistische Handlungen/Rechtsverletzungen vorzugehen. Feinde allein mit politischen Mitteln zu bekämpfen, kann zu gefährlichen Entwicklungen führen, die dann Einsatz von Mitteln erfordern, die mit erheblichen politischen Auswirkungen verbunden sind.

Erhöhte Aufmerksamkeit nach unseren Feststellungen auch, bei Besuchen westlicher Politiker in sozialistischen Staaten zunehmend Zusammenkünfte/Gespräche mit feindlichen, oppositionellen Kräften durchzuführen.

DDR ebenfalls mit zunehmenden Versuchen konfrontiert, politische Beziehungen, Kontakte, Besuche westlicher Delegationen und Politiker für die unmittelbare Unterstützung innerer feindlicher, oppositioneller Kräfte zu mißbrauchen, sie international aufzuwerten, ihren Handlungsspielraum zu erweitern, ihnen einen legalen Status und völkerrechtliche Berufungs- und Bestätigungsgrundlagen zu schaffen.

Unsere Erkenntnisse besagen, es geht ihnen um die Schaffung eines handlungsfähigen, organisierten, von außen unterstützten und gesteuerten inneren Oppositionspotentials, das von Regierung geduldet werden müßte, dem sie Rechnung tragen müßte.

Unsere Position dazu: Nicht zulassen, daß Verwirklichung dieser Ziele, derartige Treffen/Kontakte Bestandteil offizieller Besuche werden; deshalb Einfluß über diplomatische Kanäle, Aufforderung, derartige geplante Aktivitäten zu unterlassen oder auf Besuch zu verzichten; Durchsetzung von Reisesperrmaßnahmen gegen Personen, die maßgebliche Funktion bei Steuerung innerer feindlicher, oppositioneller Kräfte einnehmen sollen.

Besondere Probleme durch Tolerierung entsprechender gegnerischer Bestrebungen in anderen sozialistischen Staaten.

(Ausgangspunkte für politisch-ideologische Diversion zunehmend auch subjektivistisch gefärbte Einschätzungen besonders sowjetischer - vereinzelt auch anderer sozialistischer Staaten - Historiker, Kulturschaffender und Journalisten zur Entwicklung des Sozialismus, zu sogenannten weißen Flecken, Versäumnissen, Mängeln, Fehlentscheidungen.

Bei Anerkennung Notwendigkeit der "Aufarbeitung" und Auseinandersetzung damit doch Frage verbunden, welchen Zielen dient das, wenn Entwicklung des Sozialismus - verallgemeinert ausgedrückt - als Kette von Fehlern dargestellt wird, damit der antisozialistischen, antisowjetischen Propaganda ständig neue Munition geliefert, von parteilichen Einschätzungen prinzipiell abweichenden subjektivistischen Auffassungen ungehinderten Raum geboten wird. Stößt bei ehrlichen Genossen zunehmend auf Unverständnis, bei feindlichen Kräften verbreitet auf Unterstützung, nutzen mit als "Grundlagen" für ihr antisozialistisches Wirken.)

Gegner ist bestrebt, dem Sozialismus zunehmend einen Mangel an Demokratie, Freiheit und Menschenrechte vorzuwerfen, rechnet mit entsprechenden Wirkungen in breiten Bevölkerungskreisen, mit wachsendem Druck im Sinne seiner Ziele und Absichten,

- der Verbreitung von bürgerlichen Auffassungen und Vorstellungen zu diesen Problemen und dementsprechender Handlungen/Entscheidungen der staatlichen Organe, der Erzeugung von Druck auf die staatlichen Organe,

- die Durchsetzung eines Rechts auf antisozialistische Tätigkeit feindlicher, oppositioneller Kräfte und deren Unterstützung und Steuerung durch den Gegner von außen,
- die Durchsetzung eines Rechts auf völlige Freizügigkeit, als Inbegriff persönlicher Freiheit.

Interne Erkenntnisse bestätigen, daß sich Gegner davon wachsende Einflußmöglichkeiten verspricht, mit bestimmter Defensivposition/weitgehender Kompromißbereitschaft der sozialistischen Staaten dabei rechnet.

(In diesem Zusammenhang Frage, ob Hinweise zutreffend, daß in Moskau ein Büro der sozialdemokratischen Friedrich-Ebert-Stiftung eröffnet werden soll.

Gehen davon aus, daß Charakter dieser Stiftung als ideologisches Leitungsinstrument der SPD-Führung, vor allem für ideologische Einwirkung in sozialistischen Staaten und Beeinflussung von national befreiten Staaten und Befreiungsbewegungen, hinreichend bekannt.

Worin wird Sinn der Einrichtung eines solchen Büros in Moskau gesehen, welche Aufgaben soll es wahrnehmen, welche Betätigungsmöglichkeiten soll es erhalten, was wird davon erwartet?)

Sehen auch zunehmende Bestrebungen, "marktwirtschaftliche" Vorstellungen in sozialistische Staaten hineinzutragen, entsprechende Kräfte zu fördern, existierende komplizierte Probleme/Schwachstellen zur Verwirklichung entsprechender Vorstellungen zu nutzen.

Gleichzeitig Weiterführung der imperialistischen Embargo-Politik, Verschärfung der Kontrolle über Exportverbote, um Wirksamkeit weiter zu erhöhen, zugleich auch neue Abhängigkeiten zu schaffen.

In BRD aktuell Überlegungen, wie eine Aktivierung der Beziehungen zur UdSSR genutzt werden könnte für Erschließung neuer Möglichkeiten für Einwirken auf und in die DDR und andere RGW-Mitgliedsländer (dabei besonders Forderung und Ausnutzung nationaler ökonomischer Interessen).

Einige spezielle Erkenntnisse zum Vorgehen des Gegners
gegen DDR.

Hauptsächliche Stoßrichtung des Gegners:

Auf der Grundlage der wesentlich verstärkten ideologischen
Einwirkung unter Nutzung aller Möglichkeiten ein breites
Druckpotential zu schaffen, das von Feinden, kriminellen
und dekadenten Kräften bis hin zu politisch schwankenden,
irregeleiteten und unzufriedenen Personen reicht. Ziel
ist, möglichst breite Front von Kräften zu mobilisieren,
die sich mit äußerer Unterstützung zunehmend in eine
offene Konfrontation gegen sozialistische Staats- und
Gesellschaftsordnung stellt, zu öffentlichkeitswirksamen
Handlungen gegen unsere Rechtsordnung übergeht und
Partei- und Staatsorgane ständig herausfordert. Es
soll ein enger Zusammenschluß, ein möglichst einheitliches
und abgestimmtes Zusammenwirken verschiedenartiger
feindlicher, oppositioneller und negativer Kräfte erreicht
werden; es sollen Gruppen/Gruppierungen etabliert,
also bestimmte Organisationsformen geschaffen werden,
die als sogenannte staatlich unabhängige Interessenver-
treter, legal anerkannt und respektiert als gesellschaft-
liche Kraft Einfluß auf die Politik im Interesse der
Durchsetzung gegnerischer Ziele nehmen.

In Auswirkung dessen gegenwärtig massive Versuche im Innern der DDR, ein abgestimmtes Handeln und die gegenseitige Unterstützung von Kräften politischer Untergrundtätigkeit, Übersiedlungersuchenden und reaktionären Kirchenkreisen und ihr noch engeres Zusammenwirken mit gegnerischen Einrichtungen und Kräften aller Schattierungen zu erreichen. Diese Kräfte treten wesentlich aktiver und aggressiver auf (siehe versuchte Teilnahme/Provokationen anlässlich Liebknecht/Luxemburg-Gedenkdemonstration 17. 1. 1988 in Berlin; Pläne zur Störung Demonstrationen u. a. Veranstaltungen anlässlich bevorstehenden 1. Mai).

Streben nach Konfrontation; ständige Versuche, Staat zu provozieren, ihn zu weitergehenden Maßnahmen herauszufordern. Besondere Gefahren durch vorhandenes, ständig noch wachsendes Potential an Übersiedlungersuchenden, die in diesem Sinne für provokatorisch-demonstrative Aktivitäten zu mobilisieren versucht werden.

(Probleme, dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten, wirksamen Zurückdrängungsprozeß zu organisieren, von erfolgten Übersiedlungen ausgehende bestimmte Sogwirkung einzudämmen.)

In diesem Zusammenhang erhebliche Intensivierung des Zusammenwirkens äußerer und innerer Feinde - breite Palette subversiv in DDR hineinwirkender Kräfte, Vertreter Bundestagsparteien, besonders Rolle SPD, Grüne, Alternative Liste Westberlin, Spalterkräfte westeuropäischer Friedensbewegung, sogenannte Menschenrechtsorganisationen, z. B. Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGfM), "Ableger" angeblich auch in UdSSR, ehemalige DDR-Bürger, besonders wegen staatsfeindlicher Tätigkeit Verurteilte, geheimdienstlich gesteuerte Mitarbeiter westlicher diplomatischer Vertretungen und akkreditierte Korrespondenten.

Gleichzeitig wesentlich eskalierte Hetz- und Verleumdungskampagne westlicher Medien, besonders Rundfunk- und Fernsehstationen (einschließlich privater Rundfunksender) gegen DDR.

Zur Förderung und Ausnutzung nationaler Besonderheiten
und Probleme:

Politische und gesellschaftliche Ordnung in BRD wird
von führenden Kreisen BRD als Modell eines "geeinten
Deutschland" betrachtet.

Thesen von der "Einheit der Nation" und vom "Zusammen-
gehörigkeitsgefühl aller Deutschen" bleiben wesentliche
Grundlagen ihrer Politik.

Entwurf Strategiepapier CDU der BRD verdeutlicht revanchi-
stische Ziele (Pflege des "deutschen Nationalbewußtseins",
"Grenzen durchlässig" machen und überwinden durch "Mensch-
lichkeit und Verständigung").

Erhöhte Anstrengungen des Gegners, im Sinne "Einheit
der deutschen Nation" politisch-ideologisch auf Bevölkerung
der DDR einzuwirken.

Gegner nutzt für subversives Vorgehen solche begünstigenden
Bedingungen wie

- zunehmende Kontakte und Begegnungen zwischen Bürgern
beider deutscher Staaten (beachtliche Reaktivierung
verwandtschaftlicher und bekanntschaftlicher Verbindungen),
- wachsende Verbindungen zwischen Organisationen und
Einrichtungen (insbesondere Bereiche Ökonomie, Wissenschaft,
Kultur, Städtepartnerschaften).

Verstärkte Versuche, unter Jugend der DDR Fuß zu fassen, bestimmte jugendliche Personenkreise in Opposition gegen Staat zu drängen.

Wesentliche Aktivierung gegnerischer Bestrebungen:
Kirchen in DDR in Rolle legaler Opposition gegenüber Staat zu drängen, als schützendes Dach für antisozialistische Kräfte und deren Aktivitäten zu profilieren, d. h., Kirchen sollen politisiert und zu gesellschaftlichem Machtfaktor entwickelt werden.

Bestrebungen, sogenanntes Wächteramt gegenüber Staat einzunehmen und Mitspracherecht in gesellschaftlichen Fragen zu erzwingen, sich offen in staatliche Angelegenheiten einzumischen.

Teilweise Übereinstimmung der inhaltlichen Forderungen Kirche mit denen feindlicher, oppositioneller Kräfte (besonders Unterstützung Übersiedlungersuchender; nach mehr "Freizügigkeit" bei Reisen; ziviler Wehersatzdienst statt Wehrdienst u. a.).

Besonders reaktionäre kirchliche Amtsträger unterstützen feindliche, oppositionelle Kräfte durch Zurverfügungstellung kirchlicher Räumlichkeiten und Mißbrauch anderer für Ausübung religiöser Tätigkeit eingeräumter Möglichkeiten.

Position MfS zur wirksamen Bekämpfung feindlicher, oppositioneller Kräfte im Innern:

- Hauptweg ist politische Auseinandersetzung, Einsatz politischer Mittel.
- Gegen Initiatoren/Organisatoren/Rädelsführer von Zusammenschlüssen, von öffentlichkeitswirksamen provokatorisch-demonstrativen Zusammenrottungen, gegen Provokateure werden differenziert strafrechtliche, strafprozessuale und ordnungsrechtliche Mittel angewandt; Hauptschlag gegen erkannte Führungskräfte, mit gegnerischen Einrichtungen und Kräften zusammenwirkende Feinde.
- Gegen weitere oppositionelle Kräfte, in Handlungen einbezogene Sympathisanten und Mitläufer Anwendung eines breiten Instrumentariums politisch-ideologischer, arbeitsrechtlicher und anderer rechtlicher Möglichkeiten (Belehrungen, staatliche Beauftragungen usw.); wenn damit keine Disziplinierung erreichbar, weitere Rechtsverletzungen, dann auch hier differenzierter Einsatz strafrechtlicher und strafprozessualer Mittel.

Zum Vorgehen im Zusammenhang mit Kirchen:

- Mit allen geeigneten politisch-operativen Mitteln, im engen Zusammenwirken mit staatlichen und gesellschaftlichen Kräften, realistischen Kirchenkräften und kirchlich gebundenen Bürgern und unter Führung Partei wird unter Nutzung aller Möglichkeiten Differenzierungsprozeß in evangelischen Kirchen vorangetrieben; Ziel besonders, politisch realistische Kräfte zu stärken und zu profilieren.

- Alle Handlungen des politischen Mißbrauchs der Kirchen werden dokumentiert und durch Staatsapparat aktuell mit zuständigen kirchenleitenden Kräften ausgewertet, dabei staatliche Erwartungshaltung vorgetragen.

Zu 10.: Vorkommnisse mit Nationalitäten, nationalistischen
Kräften

(Hinweis für Gen. Minister:

Gen. Jakowlew auf Beratung der Sekretäre für ideologische
Arbeit der Bruderparteien:

Zur nationalen Frage gesonderte Tagung des ZK der KPdSU
vorgesehen. Einige Situationen hätten "zugespitzten
Charakter" angenommen. Orientierung sei Kampf gegen
Nationalismus, Chauvinismus, Zionismus, Antisemitismus,
Überlegenheitsdenken, Verachtung anderer Völker bis Rassis-
mus.

Festgestellt:

- Positionen antisozialistischer Kräfte würden stärker,
wenn eigene Schwierigkeiten nicht analysiert würden.
- Positionen würden an Kraft verlieren, wenn diese Probleme
gelöst werden.

Gen. Ischebrikow laut TASS vom 13. 4. 1988:

Westen schürt Nationalitätenprobleme in UdSSR. Geheimdienste
der imperialistischen Mächte und andere sowjetfeindliche
Zentren aktiv an extremistischen nationalistischen Aktionen
beteiligt. Warnung, Gefahr zu unterschätzen.)

Diese Fragen zu Vorkommnissen mit Nationalitäten, nationalistischen Kräften nur gestellt, weil der Meinung, daß es sich hierbei um Fragen handelt, die nur vom Klassenstandpunkt her zu stellen, vom Standpunkt der Macht, der Sicherung und Stärkung des Sozialismus.

Welche Kräfte sind in der Lage, die Nationalitätenprobleme als Fahne zu benutzen.

Evtl. weitere Fragen:

Gibt es politisch und operativ beachtenswerte Erkenntnisse darüber, wie sich diese Vorgänge bis hin zu den gefährlichen Vorkommnissen entwickeln konnten, ohne daß seitens der Partei, staatlichen Organe, Sicherheitsorgane rechtzeitig Feststellungen über bestimmte Zuspitzung der Situation, Entwicklung der Reaktion in Gruppen, Bevölkerungskreisen, Organisierung und Wirksamwerden extrem nationalistischer Kräfte, evtl. Steuerung von außen usw. getroffen wurden?

Wurden evtl. bereits bestimmte Schlußfolgerungen daraus abgeleitet, die auch für unsere Arbeit/evtl. auch für unser Verständnis zu diesen Entwicklungen und Vorgängen bedeutsam sind?

Welche feindlichen Kräfte wurden und werden aktiv,
welche Drahtzieher und Hintermänner?

Gibt es eindeutige Erkenntnisse über Steuerung durch
westliche feindliche Zentren, besonders Geheimdienste?

Gibt es evtl. auch bestimmte aktuelle Erfordernisse
im Hinblick auf Kräfte der deutschen Minderheit in
der UdSSR?

Zu 11.: Umgestaltung in UdSSR und Wirken feindlicher Kräfte
in sozialistischen Staaten

Nach vorliegenden internen Informationen aus NATO-Kreisen wird von Einrichtungen der NATO-Staaten intensiv an der Analyse der inneren Lage in der UdSSR gearbeitet. Probleme, die sich daraus für das Einwirken auf die UdSSR und die Politik der NATO ableiten lassen, sind Gegenstand kontinuierlicher Konsultationen bis zur Ebene des NATO-Rates.

Gegenwärtig noch starke Verunsicherung über die Bewertung der inneren Situation in der UdSSR, über das Ausmaß der Veränderungen in Gesellschaft und Wirtschaft, über deren Rückwirkungen auf die anderen sozialistischen Länder sowie über die Einheitlichkeit und die Fähigkeit der sowjetischen Führung zur Durchsetzung der proklamierten Ziele festzustellen.

(Teilweise zunehmend Spekulationen über "Gruppierungen" in der Führung der KPdSU und im Zusammenhang mit der Parteikonferenz zu erwartende Veränderungen.)

Zentren der politisch-ideologischen Diversion reagieren breit und intensiv auf Entwicklungen/Ereignisse/Vorkommnisse in UdSSR, auch auf Erscheinungen des "Widerstandes gegen Umgestaltung". Verweisen dabei häufig auf konkrete Quellen aus "Dissidenten"-Kreisen, auf die verschiedenartigsten Organisationen, Gruppierungen derartiger Kräfte, auf von ihnen herausgegebene Publikationen, abgegebene "Erklärungen" u. a. m.

Nach unseren Einschätzungen - stark verallgemeinert, aus der Sicht von Außenstehenden - zielen Inhalt der von BRD/Westberlin ausgehenden ideologischen Einwirkung besonders auf

- für westliche Einflüsse aufgeschlossene Intellektuelle (als Multiplikatoren entsprechenden Gedankenguts),
- Personengruppen, bei denen nationale Emotionen ausgelöst werden können,
- kirchlich gebundene Kreise (1988 Jahrtausendfeier der Christianisierung Rußlands).

Evtl. weitere Fragen:

Welche Pläne/Vorstellungen bestehen, bestimmte organisatorische Zusammenschlüsse ("Pamjat" u. a.) von feindlichen, oppositionellen Kräften, soweit es sich um solche handelt, mit rechtlichen Mitteln zu verhindern bzw. aufzulösen, offizielle Aktivitäten zu unterbinden bzw. einzuschränken, damit auch rechtliche Grundlagen/Voraussetzungen für ein Vorgehen gegen einzelne Personen, besonders Führungskräfte, Inspiratoren, Organisatoren, zu schaffen?

Welche Erkenntnisse/Erfahrungen hinsichtlich der Anwendung politischer Mittel gegen solche offenkundig antisozialistischen Organisationen und Kräfte liegen vor, in welchen Richtungen soll auf diesem Gebiet weiter gearbeitet und durch welche evtl. staatlichen Maßnahmen soll dieses Vorgehen unterstützt werden? (Wodurch kann/soll eine Erweiterung und Legalisierung der organisatorischen Basis feindlicher, oppositioneller Kräfte verhindert werden?)

Welche Möglichkeiten/Erfordernisse für eine stärkere Zusammenführung der Erkenntnisse über Pläne und Aktivitäten antisozialistischer Kräfte in allen sozialistischen Staaten - besonders über deren Zusammenwirken mit gegnerischen Zentren und Kräften von außen und über den nationalen Rahmen hinaus - werden gesehen?

Zu 12.: Politik der UdSSR gegenüber der BRD, Treffen auf
höchster Ebene

Das Verhältnis der BRD zur UdSSR

wird in zunehmendem Maße von Bestrebungen führender poli-
tischer Kreise der BRD geprägt, den ostpolitischen Kurs
den veränderten innen- und außenpolitischen Bedingungen
der UdSSR und anderen sozialistischen Staaten anzupassen.
Damit soll auch der außenpolitische Handlungsspielraum
der BRD wieder erweitert werden, um den spezifischen westdeut-
schen Interessen gegenüber den sozialistischen Staaten
besser Rechnung tragen zu können.

BRD-Führungskreise verbinden damit spekulative Zielstellung,
ein verbessertes Verhältnis zur UdSSR zur Einflußnahme
auf die außenpolitische Strategie der sozialistischen Staa-
tengemeinschaft, vor allem in der Sicherheitspolitik, nutzen
zu können.

In der BRD gibt es auch Spekulationen, die UdSSR zur Ver-
änderung ihrer Position in der "Deutschlandpolitik" bewegen
zu können, wobei sowohl ein Akzeptieren engerer Bindungen
Westberlins an die BRD als auch eine künftig größere Bereit-
schaft der UdSSR erhofft wird, kleinere Schritte zu akzep-
tieren, die objektiv in Richtung einer "Wiedervereinigung"
der beiden deutschen Staaten führen könnten.

Außenpolitische Kreise der BRD schätzen ein, daß in Äußerungen einiger sowjetischer Politiker und Publizisten einige neue Nuancen zur sogenannten deutschen Frage zu erkennen seien. Das könnte Ausdruck eines "neuen Denkens" im Hinblick auf "Deutschland" sein. Bestimmte Äußerungen würden ein größeres Verständnis für den Umstand sichtbar machen, daß die Deutschen die "Teilung der Nation" weiterhin als Problem empfinden (unter den Deutschen bestehe nach wie vor das Gefühl der Zugehörigkeit zu einer Nation; die Entwicklung der deutschen Frage sollte der Geschichte überlassen werden; der Streit über den Begriff der deutschen Nation und ihr historisches Schicksal sei unergiebig). Es sei die Bereitschaft zu erkennen, der BRD das Recht zuzugestehen, von der "Einheit der Nation" und der Existenz einer "offenen deutschen Frage" zu sprechen.

Ebenso Spekulationen von BRD-Politikern, man könne entsprechenden Druck auf die UdSSR ausüben. In diesem Zusammenhang immer wieder gezielte Verbreitung von Gerüchten über die angebliche Vorbereitung einer deutschlandpolitischen Initiative der UdSSR.

Evtl. weitere Fragen:

Liegen den sowjetischen Genossen weitergehende Erkenntnisse über die politischen Hintergründe dieser Bestrebungen von BRD-Führungskreisen vor?

Welche Erfordernisse werden evtl. für die politisch-operative Arbeit hinsichtlich der angekündigten Reisen Kohls in die UdSSR und des Gen. Gorbatschow in die BRD gesehen?

Zu 13.: Westberlin betreffende Fragen

Nach vorliegenden zuverlässigen Informationen würden die Westmächte mit ihrer sogenannten Berlin-Initiative keine unmittelbare Änderung des gegenwärtigen Status "Berlins" anstreben, da sich die im Vierseitigen Abkommen fixierte rechtliche Lage nach ihrer Auffassung bewährt hat. Die in der "Initiative" und im Aide-mémoire enthaltenen Vorstellungen zielten auf längerfristige, besonders auch politische Wirkungen für spätere Entwicklungen.

Von dieser Zielstellung ausgehend soll die "Berlin-Initiative" als Test für die "Ernsthaftigkeit der Gesprächsbereitschaft der UdSSR zu wichtigen internationalen Problemen" gewertet und genutzt werden.

Westberliner Senatskreise schätzen selbst ein, daß diese "Initiative" die Interessen der UdSSR und der DDR kaum berücksichtige; sie sei im wesentlichen nur auf die Verbesserung der westlichen Positionen gerichtet.

Wir stellen auch fest, daß in Westberlin neue feindliche Stellen für den Kampf gegen die DDR, die UdSSR und andere sozialistische Staaten gebildet wurden, u. a. die privaten Rundfunksender "Radio 100" mit speziellem Sendebeitrag "Radio Glasnost" und "Radio 100,6".

Evtl. weitere Fragen:

Gibt es bereits konkrete Vorstellungen über den Inhalt der sowjetischerseits (Gen. Kotschemassow) angekündigten Antwort auf die westliche "Berlin-Initiative" (bis zum Sommer 1988)?

Gibt es neue Erkenntnisse zum geplanten UdSSR-Besuch des Westberliner Regierenden Bürgermeisters Diepgen, vor allem zu den Zielen und zum Gegenstand der Gespräche?

Gibt es neue Erkenntnisse über die weitere Politik der Westmächte gegenüber Westberlin zur längerfristigen Veränderung des Vierseitigen Abkommens und seiner praktischen Anwendung?

Gibt es evtl. neue Pläne/Vorstellungen auf sowjetischer Seite, wie dem begegnet werden soll, wie überhaupt auf Bestrebungen, Westberlin immer stärker als "Land der BRD" zu betrachten und zu behandeln, wirksamer reagiert werden könnte?

Zur Einschätzung der Realisierungsmöglichkeiten der sogenannten Berlin-Initiative,

über weitere Pläne zum Ausbau und zur Ausnutzung Westberlins als Zentrum antisozialistischer Tätigkeit?

Einzelprobleme

- Zur versuchten Flugzeugentführung in UdSSR Anfang März 1988: MfS interessiert an Erkenntnissen über Tathergang/Vorgehensweise der Täter, Ursachen/begünstigende Bedingungen und an Erfahrungen bei Aktion gegen Entführer/Luftfahrzeug.

(Hinweis aus Pressekonferenz des Stellvertretenden Ministers für Zivilluftfahrt in Moskau am 8. 4. 1988: Sicherheitskontrollen auf Flughäfen UdSSR sollen verbessert werden. Fluggäste würden genauer kontrolliert. Engere Zusammenarbeit mit Flughäfen außerhalb der UdSSR werde angestrebt.

Welche Erfordernisse daraus evtl. für Zusammenarbeit der entsprechenden Linien des KfS - MfS?

Wie Veröffentlichung in "Komsomolskaja Prawda" vom 13. 3. 1988 zu verstehen, wonach gerichtliche Untersuchungen zur Aktion gegen Entführer erfolgen; Zweifel an Notwendigkeit der Verhinderung der Entführung auf sowjetischem Territorium, da die "Luftpiraten nach einer Landung in London ohnehin vor ein englisches Gericht gestellt worden wären"?)

- Zur Aufdeckung von Nazi-Verbrechen während des 2. Weltkrieges:

Bitte um Information über Inhalt der Gespräche des Genossen Sucharew (1. Stellvertreter des Generalstaatsanwalts der UdSSR) mit Neal Sher (USA), Leiter des Büros für Sonderermittlungen des USA-Justizministeriums, im März in Moskau, über evtl. Vereinbarungen oder festgelegte Maßnahmen, um diese in weiterer Untersuchungsarbeit des MfS zur Aufdeckung von Nazi- und Kriegsverbrechen evtl. mit berücksichtigen zu können.

- Nach offiziellen Verlautbarungen - z. B. von Wjatscheslaw Koloskow, Funktionär der sowjetischen Fußball- und Eishockeykommission, würde künftig der "Transfer" von UdSSR-Sportlern ab einer entsprechenden Altersgrenze nach kapitalistischen Staaten erfolgen (genannt wurden zunächst Fußball- und Eishockeyspieler: Oleg Blochin seit März bei Vorwärts Steyr (Österreich); Eishockey-Star-Verteidiger Fetisow 500 000-Dollar-Vertrag amerikanische Profiliga u. a.), sei erst Anfang einer neuen Regelung.

Persönliche Meinung zu damit verbundenem Hinweis:

"Wir wollen das Geld nicht über den Sport stellen, aber in Zukunft wird sich einiges ändern" habe ich bereits auf 30. Konferenz der Sportorganisationen der Schutz- und Sicherheitsorgane der sozialistischen Länder am 16. 10. 1987 in Berlin kundgetan.

Die insgesamt damit verbundenen Auswirkungen werden uns, die sozialistische Sportbewegung, besonders den Leistungssport, vor erhebliche Probleme stellen - abgesehen vom Kampf gegen weitere Professionalisierung und Kommerzialisierung des Sports u. a. Angriffen gegen olympische Bewegung.

Als Vorsitzender der SV Dynamo der DDR (seit 35 Jahren) Interesse daran, wie diese Regelungen zum "Transfer" von sowjetischen Sportlern konkret aussehen, welche Orientierungen es evtl. für deren Anwendung in SV Dynamo der UdSSR gibt.

- Wie offizielle Ankündigung des Generalsekretärs von "Interpol" zu werten, wonach seit einem Jahr immer mehr Kontakte zwischen "Interpol" und UdSSR, so daß bald Beitritt der UdSSR zu "Interpol" erwartet wird (offizieller Antrag würde aber noch nicht vorliegen)?

Übersicht über die durch das MfS seit 1986 eingeleiteten Ermittlungsverfahren
- gegliedert nach Delikten und Staatsangehörigkeit

	1986	1987	1.1.-29.2.88
EV insgesamt	2 347	2 195	598
Verbrechen gegen die Menschlichkeit	3	1	-
Spionage	15	11	1
Landesverräterische Nachrichtenübermittlung	24	23	8
Landesverräterische Agententätigkeit	27	10	7
Landesverräterische Agententätigkeit i. V. mit § 213 StGB	4	4	4
Staatsfeindl. Menschenhandel/Menschenhandel	4/18	2/11	2/1
Staatsfeindliche Hetze	4	1	-
Terror	3	-	-
Ungesetzl. Grenzübertritt	973	1 245	133
Beeinträchtigung staatlicher oder gesellschaftl. Tätigkeit	516	327	284
Öffentliche Herabwürdigung	239	134	25
Ungesetzl. Verbindungsaufnahme	166	91	6
Sonstige Straftaten gegen die staatl. und öffentl. Ordnung (bes. Rowdytum, Widerstand gegen staatl. Maßnahmen, Zusammenschluß zur Verfolgung gesetzwidriger Ziele)	76	105	81
Straftaten gegen das soz. Eigentum	25	28	4
Straftaten gegen die Volkswirtschaft	7	7	-
Unbefugter Waffen- u. Sprengmittelbesitz	20	19	3
Militärstraftaten	37	17	4
Zoll- und Devisenstraftaten	53	26	1
Sonstige Straftaten	133	133	34
davon Angriffe gegen die Staatsgrenze von BRD und Westberlin aus (Eindringer)	25	12	6

Unter den Personen, gegen die ein EV eingeleitet wurde, befinden sich folgende Ausländer:

	1986	1987	1.1.-29.2.88
BRD-Bürger	35	24	7
Westberliner Bürger	22	15	3
Bürger aus dem sonstigen NSW	5	5	1
Bürger sozialistischer Staaten	61	52	1
davon Bürger der VR Polen	35	30	1